

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 08.06.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 18:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Anwesend ab 17:10 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Beate Naumann	Verw	
Herr Karl-Heinz Gärtner	SKE	
Herr Matthias Havranek	SKE	
Herr Thomas Hoffmann	SKE	
Herr Wolfgang Matschke	SKE	
Herr Matthias Waschitschka	SKE	
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verw	
Frau Annett Groß	Verw	
Herr Hans-Joachim Kloppe	Verw	
Herr Lothar Weitzmann	Verw	
Herr Bernd Bielecke	Verw	
Herr Gert Hildebrand	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Hartmut Büchner	SKE
Herr Volker Preibisch	SKE
Herr Bernd Voigtländer	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.05.2011
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Informationsvorlage zum Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM (V/2010/08709) Vorlage V/2011/09725
Vorlage: V/2011/09725
 - 7.2. Beauftragung von Gutachten im Jahre 2010
Vorlage: V/2011/09647
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Nagel, eröffnete die Sitzung um 17:02 Uhr und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

Sie erklärte, dass mit den Unterlagen auch ein Austauschblatt der Seite 5 zum Protokoll vom 02.03.2011 versandt worden sei. In Satz 5 sei der Passus: „wegen **Nichtzuständigkeit**“ eingefügt worden, um zu konkretisieren, dass entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion, der TOP aus diesem Grund abgesetzt worden sei.

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses nahmen dies zur Kenntnis und äußerten keine Bedenken.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zu Beginn wies Frau Nagel darauf hin, dass mit der Versendung der Einladung und der Unterlagen die Ausschussmitglieder informiert worden seien, dass die Nummerierung der Tagesordnungspunkte 7 bis 9 habe korrigiert werden müssen, was erst nach Unterzeichnung der Einladung durch die Oberbürgermeisterin bemerkt worden sei. Im Amtsblatt sei die Tagesordnung korrigiert veröffentlicht worden.

Nach dieser Einleitung bat Frau Nagel um Abstimmung über die Feststellung der geänderten Tagesordnung.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja- Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 04.05.2011

Die Niederschrift der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 04.05.2011 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja- Stimmen
 0 Nein- Stimmen
 0 Enthaltungen

zu 4 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen gab es keine.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Informationsvorlage zum Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM (V/2010/08709) Vorlage V/2011/09725

Nach Aufforderung durch die Ausschussvorsitzende Frau Nagel erläuterte der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes Herr Kloppe, weshalb der Prüfbericht so ausführlich abgefasst worden sei.

Zu Beginn der Diskussion äußerten sich Herr Gärtner, Herr Kley, Herr Häder und Herr Felke dahingehend, dass das Problem der Transparenz bestehe und dieses spätestens mit dem Doppischen Haushalt geklärt werden müsse.

In der Stellungnahme der Verwaltung seien keine ernsthaften Schlussfolgerungen, wie mit den Ergebnissen umgegangen werden solle, zu erkennen. Wünschenswert wäre eine Nachbesserung der Stellungnahme. Der Mehrbedarf könne nicht durch Umstrukturierung des Eigenbetriebes ZGM gelöst werden. Auch sei nicht klar, ob das Vermieter-Mieter-Modell bei anderen Kommunen positive Effekte hervorgebracht habe, da es dazu keine historischen Untersuchungen gäbe.

Herr Knöchel traf um 17:10 Uhr ein.

Frau Nagel bat den Betriebsleiter des Eigenbetriebes ZGM Herrn Bernd Bielecke um seine Ausführungen.

Herr Bielecke betonte, dass alles korrekt verbucht worden sei und ein Fehlverhalten des Eigenbetriebes nicht vorläge.

Bei der Gründung des ZGM hätten drei Modelle zur Auswahl gestanden:

1. Eigentümermodell
2. Managementmodell
3. Mieter-Vermieter-Modell.

Für das Letztere habe man sich entschieden, weil dieses gängig sei.

Es müssten aber Teile des Haushaltes angepasst werden. Um Kosten einzusparen, sei der Personalbestand bereits reduziert worden. Der Eigenbetrieb selbst verursache die Kosten nicht. Das Problem sei die Werterhaltung der Gebäude.

Herr Knöchel kritisierte die Abwesenheit der Verwaltung.

Er äußerte sich, dass der Grund der Gründung des ZGM darin bestanden habe, Anreize zur Flächenreduktion zu geben. Das Modell kranke daran, dass die vorhandenen Mittel anders verwendet würden.

Er gab zu Protokoll, dass er eine Antwort darauf erwarte, wie die Verwaltung die Erkenntnisse der Prüfung bei der Entwicklung eines neuen Modells einfließen lasse.

Herr Häder, Herr Felke und Herr Herr Knöchel fragten nach objektbezogenen Kalkulationen und kritisierten, dass der Gebäudebestand auf Verschleiß gefahren werde und es seit Jahren einen Sanierungsstau gäbe.

Herr Bielecke erläuterte die Kernaufgaben – Energie, Sanierung und Brandschutz – (z. B. bei Schulen) und stellte fest, dass sich das im Haushalt widerspiegeln müsse.

Beim Verkauf von Gebäuden müsse entschieden werden, was verkauft werde und wie es vermarktet werden solle.

Herr Hildebrand wollte wissen, ob es im Zusammenhang mit Investitionen eine Prioritätenliste gäbe und Frau Krausbeck fragte, ob es Schulgebäudeprioritäten gäbe und ob ein Raumkonzept existiere.

Herr Bielecke antwortete, dass sich die Prioritäten nach den Belangen der Nutzer richten würden und das Raumkonzept beim Schulverwaltungsamt liege.

Herr Knöchel regte an, dieses in einer der nächsten Hauptausschuss-Sitzungen vorzustellen.

Auf die Frage von Frau Nagel, ob die Stellungnahme so zur Kenntnis genommen werde, bestätigten dies die Ausschussmitglieder.

Die Diskussion zu diesem TOP war damit beendet.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

zu 7.2 Beauftragung von Gutachten im Jahre 2010 Vorlage: V/2011/09647

Die Ausschussvorsitzende erinnerte, dass Herr Kley in der letzten Sitzung die Frage stellte, ob der Rahmenvertrag zum Thema Corporate Design nicht den vertraglich notwendigen Gutachten zuzurechnen sei. Da die Frage im Rahmen der Sitzung nicht eindeutig beantwortet werden konnte, gab er zu Protokoll, dass die Rechnungsprüfung den Vertrag anfordern und in der heutigen Sitzung die Diskussion fortgeführt werden solle.

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herr Kloppe, habe zugesagt, dies in die Wege zu leiten.

Nach Aufforderung von Frau Nagel äußerte sich Herr Kloppe zu der mündlichen Anfrage des Ratsherren Gerry Kley zum Thema Gutachten und speziell zum Rahmenvertrag Corporate Design wie folgt:

Bei dem Rahmenvertrag zum Corporate Design zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Agentur Kappa GmbH, 06112 Halle (Saale), vom 11.11.2008 und der Ergänzung zum Vertrag vom 11.11.2008 vom 18.3.2010 handele es sich um die Beauftragung von Dienstleistungen. Diese Dienstleistungen seien bei der Zusammenstellung und Prüfung der Gutachten des Haushaltsjahres 2010 von der Rechnungsprüfung nicht berücksichtigt worden.

In der Diskussion äußerten sich Herr Knöchel und Herr Kley, ob es nicht möglich wäre, Dienstleistungsverträge mit in die Prüfung aufzunehmen.

Herr Kloppe schlug vor, Daueraufträge mit in den Prüfauftrag aufzunehmen.

Frau Nagel resümierte, den Prüfauftrag zu erweitern.

Herr Knöchel sowie Herr Kley regten an, die Dienstleistungsverträge mit Sachstand 2010 in die Prüfung 2011 aufzunehmen und Herr Waschitschka votierte für Berater- und Dienstleistungsverträge.

Die Diskussion war damit beendet.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Weitere Mitteilungen

— **Zum Stand der Prüfung der Jahresrechnung** informierte Herr Kloppe, dass dem Rechnungsprüfungsamt am 08.06.2011 die letzten Unterlagen übergeben worden seien. Deshalb verschiebe sich der enge Zeitkorridor für den Prüfprozess der Jahresrechnung 2010 – bisher vorgesehener Termin für den internen Redaktionsschluss: 31.7.2011 – bis auf Weiteres.

— Herr Kloppe informierte, dass **die Belegkontrolle der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE** für die zurückliegenden Zeiträume der letzten Legislaturperiode bis heute ausstehe, da für die Prüfung der entsprechenden Unterlagen noch kein zeitlicher Rahmen mit Frau Wolff gefunden werden konnte. Bereits vereinbarte Termine haben von beiden Seiten abgesagt werden müssen.

Frau Dr. Wünscher wollte in diesem Zusammenhang wissen, ob Regressforderungen an die ehemalige Fraktion erhoben werden könnten.

Herr Kloppe informierte, dass die Verwaltung dazu aufgefordert worden sei, ihm sei jedoch nicht bekannt, dass dies erfolgt sei.

Frau Dr. Wünscher äußerte, dass eine zeitnahe, engmaschige Kontrolle gefordert werde und mahnte Konsequenzen an. Sie forderte ausdrücklich die Prüfung der Regressforderung.

Herr Hildebrandt gab zu bedenken, dass es Verjährungsfristen gäbe.

Herr Kloppe sicherte eine zeitnahe Prüfung zu, sobald ein Termin für die Einsicht der Unterlagen gefunden sei.

— **Information zum Sachstand der Prüfung zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Überprüfung der städtischen Förderung von Projektfördermitteln und Kommunal-Kombi-Lohn durch das Rechnungsprüfungsamt**

Nach Aufforderung durch Herrn Kloppe informierte die Leiterin des mit der Prüfung befassten Ressorts, Frau Groß, über den Sachstand der Prüfung wie folgt:

Die zentrale Aufgabe der Prüfung habe in einem Abgleich des vollständigen dem Kommunal-Kombi-Lohn zuzuordnenden Personenkreises mit den Projektförderungen der Stadt Halle (Saale) im Zeitraum 2008-2010 bestanden.

Dazu seien verbindliche Nachweisungen wie die namentliche Aufstellung der im Zusammenhang mit Kommunal-Kombi geschlossenen Arbeitsverträge, eine Gesamtübersicht der in diesem Rahmen geförderten Projekte und den entsprechenden Trägern sowie eine Übersicht der durch die Verwaltungseinheiten 520 (Stabsstelle Sport), 50 (Sozialamt), 51 (Amt für Kinder, Jugend und Familie), 411 (Stabsstelle Kulturbüro), 390 (Stabsstelle Gleichstellung) ausgereichten Fördermittel der Jahre 2008-2010 zur Prüfung herangezogen worden.

Eine Doppel- bzw. Mehrfachförderung durch die Stadt Halle (Saale) habe bisher nicht registriert werden können.

Die Evaluierung des mit dem im Haushaltsjahr 2010 in Gang gesetzten Controlling-Instruments „FMA“ in der Stabsstelle Haushaltskonsolidierung habe ebenfalls keinen Hinweis auf eine Doppel- bzw. Mehrfachförderung bezüglich des Personenkreises Kommunal-Kombi ergeben.

Nunmehr erfolge noch die Schlussredaktion des Prüfberichtes. Danach werde dieser der Verwaltung zur Stellungnahme übergeben.

Frau Nagel avisierte, das Thema in der Septembersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses auf die Tagesordnung zu setzen.

- **Zur Korruptionsveranstaltung** am 24.05.2011 resümierte Herr Kloppe, wie interessant diese gewesen sei. Er zeigte sich erfreut darüber, dass einige Ausschussmitglieder dieser Veranstaltung beigewohnt hatten und äußerte den Wunsch, dass diese Veranstaltungsreihe beibehalten werde, da Korruptionsbekämpfung eine der wichtigsten Aufgaben der Rechnungsprüfung sei. Allerdings sei eine höhere Beteiligung durch die Stadtverwaltung wünschenswert.
- Als Letztes informierte Herr Kloppe über sein Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt Halle (Saale) zum 31.07.2011 und lud die Ausschussmitglieder zu seiner Abschiedsveranstaltung am 28.06.2011 um 13:00 Uhr im Stadthaus ein. Er avisierte, dass die Einladung noch schriftlich erfolgen werde.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

1. Herr Knöchel äußerte, dass in der Gutachtenliste drei Gutachten enthalten seien, die nicht, wie publiziert worden sei, von der Oberbürgermeisterin, sondern von einer interessierten Partei in Auftrag gegeben worden seien. Er halte das für einen schwerwiegenden Vorgang.

Er fragte, ob Organisationsuntersuchungen dazu möglich seien und wer dafür zuständig sei.

Herr Kloppe informierte, dass die Rechnungsprüfung von der Verwaltung Aufklärung über einen bestimmten Vorgang und darüber, wie der Geschäftsprozess innerhalb gelaufen sei, verlangen könne. Dazu sei allerdings ein Auftrag nötig.

Herr Knöchel gab zu Protokoll, dass seine Fraktion einen Antrag dazu formulieren werde.

2. Herr Felke wollte wissen, ob das Rechnungsprüfungsamt etwas darüber wisse, dass durch den Landesrechnungshof eine Prüfung zum Stadionbau erfolgen solle und in welche Richtung diese gehen werde.

Herr Kloppe informierte, dass der LRH eine Prüfung angesetzt habe. Durch das Rechnungsprüfungsamt sei eine laufende Visakontrolle erfolgt. Im Übrigen werde das Thema im Schlussbericht 2010 behandelt.

3. Auf Grund einer im Kleinen Saal zeitgleich stattfindenden Veranstaltung mit Musik regte Herr Kley an, bei der Raumplanung für die Ausschusssitzungen darauf zu achten, dass gleichzeitig keine lärmintensiven Veranstaltungen im Nebensaal stattfänden.

4. Die Frage von Herrn Waschitschka nach der Personalie der Nachfolge von Herrn Kloppe wurde durch Frau Nagel in die Nichtöffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses verwiesen.

zu 9 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Der Öffentliche Teil endete um 18:05 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.06.11

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Beate Naumann
Protokollführerin
